



Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz!

Drucksache 17/

Der Landtag wolle beschließen:

Das Bündnis für Ausbildung in Schleswig-Holstein hat nicht dazu geführt, dass in Schleswig-Holstein alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhalten haben. Daher fordert der Landtag die Landesregierung auf folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der das Recht auf Ausbildung in der Landesverfassung festschreibt.
- im Bundesrat eine Initiative für eine Ausbildungsplatzumlage zu starten, damit allen Schulabgänger/innen und allen Altbewerber/innen der direkte Übergang in eine Berufsausbildung ermöglicht wird, so dass Maßnahmen im Übergangssystem überflüssig werden.
- die Quantität und Qualität von Ausbildungsmöglichkeiten mit dem Ziel zu erhöhen, dass alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz ihrer Wahl erhalten. Zudem muss eine Ausbildungsvergütung gezahlt werden, die zum Leben reicht.
- Bündelung der Maßnahmen und Förderung von Bund, Land und Agentur für Arbeit, die sich auf den Übergang von der Schule in den Beruf beziehen und Evaluierung sowie ggf. Weiterentwicklung der bisherigen Maßnahmen, mit dem Ziel an jeder Schule in Schleswig-Holstein ein entsprechendes Unterstützungs- und Beratungsangebot vorzuhalten.
- die bisherigen Anstrengungen mit der flexiblen Übergangphase intensivieren und weitere geeignete Programme entwickeln, damit kein Jugendlicher die Schule ohne Abschluss verlässt
- überbetriebliche Ausbildungen und Ausbildungsverbände als Möglichkeiten für kleine Betriebe weiter ausbauen
- das Ausbildungsangebot der beruflichen Schulen im vollzeitschulischen Bereich als Ergänzung zum Dualen System weiter erhöhen. Dabei muss die Qualität und Unterrichtsversorgung an den Beruflichen Schulen sichergestellt werden, indem

"QuereinsteigerInnen" der Weg in den Schuldienst an den beruflichen Schulen ermöglicht wird

- Teilzeitausbildungen, die vor allem Alleinerziehenden einen Ausbildungsabschluss ermöglichen, weiter fördern
- den Landesjugendring mit seinen Erfahrungen und Kompetenzen bei der Entwicklung sozialer Kompetenzen als Bestandteil der Ausbildungsreife von Jugendlichen als Bündnispartner aufnehmen
- die BündnispartnerInnen darauf verpflichten, sich verstärkt in die Organisation und Durchführung von regionalen Ausbildungsmessen einzubringen, um damit Informationsangebote für Ausbildungsplatzsuchende über die gesamte Bandbreite von Ausbildungsmöglichkeiten zu verstärken.
- eine integrierte Ausbildungsstatistik zu führen, die alle Ausbildungsstellen und BewerberInnen umfasst. Nicht nur die bei der BA gemeldeten.

Björn Thoroé
und Fraktion